



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

gemeinsamer Antrag öffentlich SPD-Fraktion CDU-Bezirksfraktion FDP-Fraktion Volt-Fraktion Jara Jovanovic, Patrick Mai, Daniela Kerkow, Frederic Artus, Dr. Clarissa Bohlmann, Ron Schumacher, Antje Nettelbeck	Drucksachen-Nr.: 22-0737
	Datum: 11.02.2025
	Aktenzeichen: 700.02-03

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
Öffentlich	Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Digitalisierung	12.02.2025

Antrag auf Prüfung alternativer Konzepte für den Straßburger Platz (ehemaliger Dulsberger Wochenmarkt) - Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und VOLT

Sachverhalt:

Der ehemalige Dulsberger Wochenmarkt wurde aufgrund geringer Umsätze und damit verbundendem Mangel an Marktständen eingestellt. Wir glauben jedoch, dass durch neue und kreative Ansätze die Attraktivität und Funktionalität des Platzes wiederhergestellt werden kann. Deswegen soll die Wiederbelebung des Straßburger Platzes als Standort für einen alternativen Markt oder verwandte Konzepte geprüft werden. Die Imbissstandbetreiberin hat eine Sondergenehmigung für den Platz erhalten.

Petition/Beschluss:

Die Bezirksamtsleitung wird gebeten:

1. alternative Konzepte für die zukünftige Nutzung des Straßburger Platzes zu prüfen und dabei die nachstehenden Gesichtspunkte besonders zu berücksichtigen:
 - a.) Möglichkeiten und Ansätze zur Einbindung der lokalen Künstlerinnen und Künstler und anderweitig Kreativer (z. B. Etablierung von regelmäßig stattfindenden Kunst- und Kulturangeboten oder Marktangeboten auf dem Platz)

- b.) Möglichkeiten zur Einbindung digitaler Konzepte wie click und collect, um Verkaufsangebote auf dem Platz attraktiver zu machen
- c.) Möglichkeiten zur Kooperation beispielsweise mit Grunderzentren und Start Ups
- d.) Möglichkeiten zur Einbindung moderner Gastronomieangebote wie Food Trucks oder Food Festivals
- e.) Möglichkeiten zur Schaffung sozialräumlicher Angebote, etwa Bereitstellung von Informations- und Beratungsangeboten vor Ort, beispielsweise durch mobile Beratungsstellen zu sozialen Themen (z. B. Wohngeld)

In die Entwicklung möglicher Alternativen sollen die Akteure aus Kunst und Kultur, interessierte Gewerbetreibende oder Unternehmen mit eingebunden werden.

2. zu prüfen, inwiefern Standplatzregelungen flexibilisiert oder flexibler angewandt werden können, um es beispielsweise einfacher zu machen, nur gelegentlich in dem neu zu entwickelnden Konzept einen Stand betreiben zu können oder um gezielt Start Ups bzw. Gewerbetreibende mit innovativen Ideen an den Standort zu locken.
3. der Bezirksversammlung bis zum 30.9.2025 zu berichten.

Für die SPD-Fraktion: Jara Jovanovic, Patrick Mai, Daniela Kerkow, Frederic Artus (Ausschussmitglieder, SPD-Fraktion)

Für die CDU-Fraktion: Dr. Clarissa Bohlmann (Ausschussmitglied, SPD-Fraktion)

Für die FDP-Fraktion: Ron Schumacher (Ausschussmitglied, FDP-Fraktion)

Für die VOLT-Fraktion: Antje Nettelbeck (Ausschussmitglied, VOLT-Fraktion)